Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 429

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 28. September

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 54 mm breite mm-Grundzeile (0 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort: Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion: 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6280. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Preußens Stellung zur Autonomie Oberschlesiens

Um die Autonomie Oberschlesiens

W. T. B. berichtet:

Mit Bezug auf die immer wieder auftauchenden Gerüchte von einem Gegensatz zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung in der Frage der Autonomie Oberschlesiens wird von zuständiger Seite mitgeteilt:

Die preußische Regierung steht selbstverständlich loyal auf dem Boden des Artikels 18 der Reichsverfassung. Sollte Oberschlesien das Verlangen stellen, ein selbständiger Bundesstaat zu werden, so wird die preußische Regierung diesem Wunsche keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Selbstverständlich kann die preußische Regierung nicht von sich aus unternehmen, Oberschlesien in einen Bundesstaat zu verwandeln. Das kann sie schon deshalb nicht, weil ein großer Teil der Bewohner Oberschlesiens dem Gedanken eines Bundesstaats ablehnend gegenübersteht.

Eine Vertrauensmännerversammlung der Kattowitzer Volkspartei (Zentrum) des Abstimmungsgebiets Oberschlesien bekannte sich einmütig zu der vom Vorstand der Gesamtpartei gefaßten Entschließung, die folgende drei Punkte enthält:

1. Wir bleiben bei Deutschland.
2. Wir lehnen jeden Nationalitätenhaß ab und erstreben die Gleichberechtigung für alle Oberschlesier.
3. Wir fordern die Selbständigkeit im Rahmen der deutschen Reichseinheit, die zur Verwirklichung der Gleichberechtigung notwendig ist.

*

Aus dem Auswärtigen Amt erfährt unser Berliner Vertreter, daß die französischen Versuche, einer zeitweisen Besetzung Oberschlesiens als Faustpfand für die Wiedergutmachung gescheitert sind. Der Oberste Rat wird nach Erledigung der Finanzkonferenz in Brüssel den Abstimmungstermin für Oberschlesien endgültig festsetzen. England und Italien sind für sofortige Vornahme der Volksabstimmung. Im Falle sich die Bevölkerung für Deutschland entscheiden wird, werden auch die Franzosen Oberschlesien räumen müssen.

Brüssel und das deutsche Finanzelend

Die deutsche Denkschrift

* Brüssel, 27. September

Der deutsche schriftliche Bericht, der den Konferenzmitgliedern übergeben wurde, enthält auf 22 Seiten eine ausführliche, in ihrer Ruhe erschütternde Darstellung der furchtbaren Lage, in die Krieg und Vertrag von Versailles das Land gebracht haben. Im ersten Kapitel wird **die finanzielle Lage, in der sich Deutschland befindet,** erörtert. Die gegenwärtige finanzielle Lage des Deutschen Reiches beruht auf den Folgen des langjährigen Krieges und seines für Deutschland ungünstigen Ausganges. Die Bevölkerungszahl ist von 67½ Millionen 1914 auf 60,8 Millionen 1919 heruntergegangen. In landwirtschaftlicher Hinsicht ist der Abgang an anbaufähiger Bodenfläche beträchtlich. In industrieller Hinsicht verliert Deutschland nach dem Friedensvertrag ein Drittel seiner Kali-Erzeugung und beinahe fünf Sechstel seiner Eisenerze. Mit der Weltwirtschaft hat es keine Verbindung mehr durch den Verlust des größten Teils seiner Handelsflotte, aller Kolonien und der Beschlagnahme des deutschen Eigentums im Auslande.

Die **Schuldenlast** hat sich (ohne Berücksichtigung der Schulden der Einzelstaaten) von 5 Milliarden im Jahre 1914 **auf 240 Milliarden** im August 1920 erhöht. Im Jahr 1919 stellte das Reich einen außerordentlichen Haushalt auf, der Budgetklarheit erstrebte, aber nicht erreichte. Es folgt ein Voranschlag für den Reichshaushalt 1920, der mit rund 40 Milliarden rechnet. Die ungeheuren Kosten, die das durch den Friedensvertrag aufgezwungene Söldnerheer, die Aufwendungen aus Anlaß der Durchführung der übrigen Bestimmungen des Friedensvertrages machen, werden eingehend erörtert. Einen riesenhaften Posten stellen z. B. **die Entschädigungen infolge von Liquidation deutschen Eigentums** dar, deren Umfang nicht zu übersehen.

In den Kapiteln **Papiergeldumlauf und Valuta** wird der Papiergeldumlauf am 31. August 1920 auf 72 223 Millionen Mark angegeben. Der Absatz **Außenhandel und Außenhandelspolitik** stellt die Grundlagen der deutschen Wirtschaft fest. Im großen und ganzen war der deutsche Außenhandel dadurch charakterisiert, daß bei der Einfuhr Rohstoffe, bei der Ausfuhr halbfertige Waren und Fertigerzeugnisse überwogen. Der deutschen Bevölkerung war ein so enges Zusammenwohnen in einem von Natur nicht mit besonderem Reichtum ausgestatteten Land nur möglich, weil sie, gestützt auf einen verhältnismäßigen Reichtum an Kohle, Arbeit exportierte, die sie vornehmlich an inländischem Eisen an den verschiedensten ausländischen Rohstoffen betätigte. Aus den Voraussetzungen und dann aus den Lasten des Krieges und des Friedensvertrages wird die Folgerung gezogen: Wenn man das Leben dieser Folgerung erhalten will, muß man ihren Mindesteigenbedarf decken und ihr Gelegenheit geben, so viel Werte durch Arbeit zu schaffen, daß der Bedarf bezahlt werden kann. Bei der weiteren Besprechung des deutschen Außenhandels wird festgestellt: Noch ist die Gefahr nicht beseitigt, daß die **deutsche Wirtschaft in völlige Desorganisation** gerät; es werden die bekannten, vielfach verurteilten Maßnahmen der Regierung zwecks Handelsregulierung dargestellt. In einem letzten Kapitel wird die **Valutaregulierung und Valutapolitik Deutschlands** dargestellt. In den beigehenden Tabellen wird für Mai 1920 ein Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von 1110 Millionen angegeben, wobei aber bei der Ausfuhr die Wiedergutmachungsausfuhr eingerechnet ist, so daß der tatsächliche Stand der aktiven Bilanz daraus nicht zu beurteilen ist. Die Denkschrift bringt in ihrer ganzen Gruppierung den Ernst der Lage zum Ausdruck. Vielleicht erklärt sie auch den noch ungläubigen Alliierten, wie die Verhältnisse tatsächlich liegen und wie weit eine neue Belastung Deutschlands durch die Forderungen Frankreichs möglich und wie weit sie unmöglich ist, sofern sie **das Ende einer deutschen Finanzwirtschaft** bedeutet.

„Die Schande der Pariser Verträge"

w. Frankfurt a. M., 27. September.

Zu den Mitteilungen des deutschen Finanzministers, besonders zu der Tatsache, daß die angemeldete Entschädigungssumme für die konfiszierten Güter von Auslandsdeutschen einen Wert von 131 Milliarden Mark erreichten, schreibt die „Baseler Nat.-Ztg.": Das ist die Schande der Pariser Verträge, die seit einem Jahrhundert in keinem Friedensvertrage vorgekommen sind. Dieser Krieg nicht gegen Staaten, sondern gegen einzelne, macht allein jede Wiederaufbauarbeit in Deutschland unmöglich. Wenn schon Räubereien, ein anderer Ausdruck läßt sich kaum finden, vor sich gehen müssen, so müßte die Hilfe der Welt eingreifen. Aber so lange Frankreich nicht eine feste Summe für Wiederherstellung genannt hat, wird jede Arbeit in Deutschland gelähmt sein. Wer diesen Zustand aufrechterhält und nicht hilft, daß die Deutschen ihn überwinden, der übernimmt vor ein 60 Millionen-Volk im Herzen Europas dem Hunger, dem Haß und der Verzweiflung.

Der französische Finanzdelegierte über die Aufgaben der Konferenz

b. Haag, 27. September.

Der Sonderberichterstatter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" hatte eine Unterredung mit dem französischen Vizevorsitzenden der Brüsseler Finanzkonferenz, Celier. Dieser sagte: Es ist eine Gefahr für die Konferenz, daß man zu viel bestimmte Ergebnisse von ihr erwartet. Die Krankheit, an der die Welt leidet, ist zu ernst, als daß man den Patienten in zwei Wochen wieder herstellen könnte. Das einzige, was zu tun ist, ist, eine Atmosphäre zu schaffen, in der die Wiederherstellung möglich wird, und daß intensiv gearbeitet wird, um die Probleme, um die es sich handelt, gründlich kennen zu lernen. Hier in der Konferenz herrscht keine Feindseligkeit. Man unterhält sich und vergegenwärtigt sich, daß alle von einander abhängig sind. Wenn wir auseinandergehen, werden wir auf jeden Fall die Grundlage für ein Zusammenwirken gelegt haben, und wir werden mehr als zuvor alle Einzelheiten der zu behandelnden Krankheit kennen gelernt haben. Hoffentlich werden dann auch bereits die vorbereitenden Maßnahmen für die weiteren Verhandlungen erörtert sein. Auf die Frage, ob es nicht sonderbar sei, die Verhandlungen auf unbekannter Grundlage zu beginnen, nämlich solange die von Deutschland zu zahlende Entschädigung noch nicht festgestellt sei, sagte Celier: Erstens wissen wir, wie und nach welchen Prinzipien die Entschädigung festgestellt werden wird. Es gibt aber außerdem viele andere Probleme, die uns sehr viel Arbeit machen werden und die genau so dringend sind wie die Entschädigungsfrage. So gibt es z. B. die neuen Staaten, die wirtschaftlich und finanziell noch in der Luft schweben und kein Geld und keinen Kredit haben und deren Handelsbeziehungen noch nicht geregelt sind. Die polnische Frage z. B. und die Frage der industriellen Staaten, wie der Tschechoslowakei, die zwei Drittel der Industrie der ehemaligen Donaumonarchie übernommen hat, müssen behandelt werden. Ebenso wird das südslawische Problem noch sehr viel Arbeit schaffen. Auf die Frage, wie man sich Deutschland gegenüberstellen wird, sagte Celier: Die Deutschen sind hier zugelassen worden und haben ihren Platz eingenommen. Wir werden sachlich mit ihnen reden, wenn sie es wünschen. Ich kann nur hoffen, daß wir gut miteinander auskommen werden.

Die Tagung der bayerischen Einwohnerwehren

b. München 27. September.

Auf dem Königsplatz veranstalteten gestern vormittag die zu einem Landesschießen in München versammelten Einwohnerwehren Bayerns einen Festakt. Zu Beginn sprach Ministerpräsident Dr. v. Kahr:

In Bayern sind in der Stunde der höchsten Gefahr beherzte, um das Wohl des Vaterlandes treu besorgte Männer zusammengetreten, um als echte, deutsche Volkswehr Haus und Hof zu schützen, dem schwerbedrängten Volk Ruhe und Frieden, die staatliche Sicherheit wiederzugeben. (Bravo!) Diesen treu bayerischen Männern danken wir nicht zum wenigsten die Rettung unseres Vaterlandes. Darum wird unseren Wehren ein Ruhmesblatt in der Geschichte aller Zeiten gesichert bleiben. Unseren Kindern und Kindeskindern werden sie ein Vorbild sein als starker Schutzwall gegen jeden Angriff auf den Bestand der staatlichen Ordnung als Pflanzstätte unauflöslichen Gemeinschaftsgefühls und vaterländischer Gesinnung.

Heute haben zum erstenmal Vertreter unserer bewährten Wehren aus allen Gauen unseres heißgeliebten Bayernlandes in der Landeshauptstadt zusammengefunden, zusammengefunden zum altgewohnten Wettstreit, zu ernster Beratung. Die imposante Versammlung an dieser Stätte ist ein machtvolles und erhebendes Bekenntnis zu dem Geist unerschütterlichen kameradschaftlichen Zusammenhaltens zu treuer Pflichterfüllung **im Dienste der Volksgemeinschaft,** im Dienste unserer über alles geliebten deutschen Heimat. Namens der bayerischen Staatsregierung heiße ich Sie alle aus Stadt und Land herzlichst willkommen. Ich begrüße Sie als die Träger jenes opferfreudigen, selbstlosen Gemeinschaftsgeistes, der Staat und Volk über das eigene Ich, über die Partei stellt und die stärkste Stütze, die stärkste Kraft im Staate bildet. — Die Einwohnerwehr ist getragen von der hohen heiligen Pflicht, daß jeder Wehrmann seine ganze Person, ja sein Leben einsetzt für die Gesamtheit des Volkes und für die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung. Dieser Geist opferfreudiger Hingabe für die Gesamtheit muß Gemeingut aller werden, damit alle den Staat besitzen. Unsere Einwohnerwehren werden in geistiger Pionierarbeit diese Gesinnung um so erfolgreicher vertreten, je stärker sie selbst daran festhalten. Darum sei die Wahrung dieses Geistes das feierliche Gelöbnis der Stunde. Die Stätte, an der wir hier stehen, ist ein Stück ruhmvoller bayerischer Geschichte. Sie werde uns zum Gelöbnis, das Gelöbnis zum Schwur der ganzen Nation. Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, daß keine Not uns trenne. Unser geliebtes Deutschland, unser liebes, liebes bayerisches Vaterland gesunde, blühe und gedeihe. Sie leben hoch!

Nach kurzer, mit einem Musikvortrag ausgefüllter Pause wandte sich Landeshauptmann Dr. Escherich an die Versammelten und führte aus:

Als Landeshauptmann heiße ich Sie, die Sie heute aus allen Gauen Bayerns gekommen sind, herzlich willkommen. Es ist kein Freudenfest, das wir heute begehen. Die Not des Vaterlandes, die schwere Zeit verbieten es, Feste überlauten Jubels zu feiern. Doch möchte ich meiner großen Freude Ausdruck geben, daß zum ersten Male die Wehrmänner aus ganz Bayern zusammengekommen sind, sich die Hände zu schütteln und ins Auge zu sehen. Es gilt, das Treugelöbnis, von dem soeben unser hochverehrter Ministerpräsident gesprochen hat, zu erneuern und zu bekräftigen (Bravo!) Wir wollen das Ziel, das wir uns gesteckt haben, erreichen, ohne abzuweichen nach rechts oder nach links (Bravo), ohne uns beirren zu lassen durch die gehässigen Angriffe, die tagtäglich auf uns niederprasseln. Wir wollen und müssen das Ziel erreichen zum Wohle unserer bayerischen Heimat, zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes. (Bravo.) Großes wurde schon geleistet, doch größere Aufgaben stehen vor uns. Blicken Sie zurück auf die Zeit im Vorjahr. Schmerz und Trauer erfaßt unser Herz, wenn wir daran denken, was wir damals durchzumachen hatten. Aus kleinen Anfängen entstand damals die erste Einwohnerwehr. Tausende und Tausende schlossen sich, dem Gebot der Zeit folgend, zusammen im freiwilligen Bewußtsein, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, die Arbeit zu schützen und die Staatsautorität zu stärken. (Bravo.)

Seit unserem Bestehen hat der Umsturz es nicht mehr gewagt, sein Haupt zu erheben. (Bravo.) Ruhe und Ordnung ist wieder eingekehrt in unserem Bayernland. Jeder hat wacker mitgearbeitet und hat ein Hauptteil des Verdienstes, daß heute Bayern wohl das gefestigste Land Deutschlands ist. Und so muß es bleiben. Nie und nimmermehr darf die Zeit der Schmach und Schande wie im Vorjahre wiederkehren. (Bravo.) **Wir wollen** uns das heute fest geloben und wir wollen, wenn es sein muß, mit unserem Leben dafür eintreten. (Bravo.) — Wehrkameraden! Am heutigen Tage haben sich nach altem Bayernbrauch die besten Schützen hier zum Landesschießen versammelt, um die Meisterschaft zu erringen. Möge Gott geben, daß die Waffe in der Hand des Einwohnerwehrmannes nie auf ein anderes Ziel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009281-11/fragment/page=0001

geschickt werden muß. Wenn es uns gelingt, durch unsere Gesinnung, durch unseren festen Zusammenschluß auch ohne Anwendung der Waffe unser Ziel zu erreichen, dann haben wir unsere Aufgabe am besten gelöst, dann sind wir der Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber am besten gerecht geworden. (Bravo.) Ich nehme die Gelegenheit wahr, die Brüder der anderen deutschen Stämme, die gleichen Sinnes mit uns und die gewillt sind, auf gleiche Weise die große Aufgabe zu lösen, zu begrüßen. Mögen unsere Veranstaltungen der Welt zeigen, daß, wenn es sich um die Heimat handelt, alle Bayern ohne Unterschied der Partei und des Standes treu zusammenstehen. (Bravo!) — Die Einwohnerwehr ist da, der Einwohnerwehrgedanke lebt. Ihn zu fördern, ihn auszubauen, wollen wir uns geloben in dem Ruf: Die Einwohnerwehren Bayerns, sie leben hoch!

Ein Vertreter des Münchener Stadtrates sprach hierauf die Hoffnung aus, daß der Friede im deutschen Volke eher kommen möge als der Völkerfriede. Daß das Nationalbewußtsein, der Stolz, ein Deutscher zu sein, wieder in allen Schichten lebe. Einer der Dämme, hinter denen sich diese Aufgabe vollziehe, seien die Einwohnerwehren. Zusammengefügt nicht einseitig, sondern aus Vaterlandsfreunden aller Schichten, Stände und Parteien. Neutral und unpolitisch — nichts anderes können und wollen die Einwohnerwehren sein, eine Stütze der Ordnung, der Grundlage für die Selbstbesinnung und den Wiederaufbau. (Bravo.)

Der Stadthauptmann der Einwohnerwehr Münchens, Kühner, wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die Versuche, durch falsche Behauptungen, Zersplitterung in die Einwohnerwehrkreise zu tragen, gescheitert sind und auch weiterhin scheitern werden an der Gesinnung der Einwohnerwehr. (Bravo.) Wir wollen mithelfen am Wiederaufbau unseres deutschen Vaterlandes, auf daß wir mit Stolz wieder singen können: „Deutschland, Deutschland über alles" . . .

Inzwischen hatten die Wehrleute Oberst Epp in der Nähe der Rednertribüne entdeckt. „Hoch Epp, hoch hoch! Reden, reden . . ." verlangten stürmische Zurufe. Oberst Epp trat in den Vordergrund, schwenkte die Mütze, aber reden wollte er nicht, lächelnd winkte er ab. Damit war der Festakt zu Ende, der in seinem glänzenden Verlauf die Verdächtigungen zuschanden machte, die seitens der sozialistischen Presse seit Wochen an das Landesschießen der bayerischen Einwohnerwehren bekanntlich geknüpft worden sind.

Gegen die Sozialisierung

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

w. Brüssel, 27. September.

„Havas" meldet: Auf der Finanzkonferenz stellte der Engländer Brand, Vizepräsident der Konferenz, den Grundsatz auf, daß der Reichtum eines Landes vor dem seiner Regierung den Vorrang haben müsse. Der Stand der öffentlichen Finanzen habe keinen Wert, wenn die Lage jedes Einzelnen zu wünschen übrig lasse. Der Krieg habe einen Umsturz jedes Einzelnen und eine Revolutionierung aller Kapitalien bewirkt. Vor allem sei es also wichtig, die Lage wiederherzustellen. Brand rät den Regierungen, sich allen solchen Maßnahmen zu widersetzen, die, wie z. B. die Sozialisierung, die Lage nur verschlimmern könnten. Der Redner wünschte im Interesse der europäischen Finanzen auch die möglichst rasch erfolgende Aufhebung der Beschränkungen der Handelsbeziehungen. Im Laufe seiner Rede gab Brand die Erklärung ab, daß die Regierungen aller kriegführend gewesenen Länder eine Lösung des Problems in ihrer auswärtigen Schuld suchen müßten. De la Croix stellte fest, daß kein Land die Kapitalsteuer durchgeführt habe, obwohl die Frage überall aufgeworfen sei. Lord Chalmers besprach die Darlegungen Brands und betonte, das wichtigste Heilmittel für die gegenwärtige Lage sei die Verringerung der Auslagen, insbesondere für die Rüstungen.

Die „ehrlichen" Bolschewisten

Ueber die Friedenskonferenz in Riga.

h. Genf, 27. September.

Der „Matin"-Korrespondent in Riga hatte eine längere Unterredung mit Manuilsky, der in seiner Eigenschaft als Vertreter der Ukraine gemeinsam mit Joffe an der Spitze der bolschewistischen Delegation steht. Auf die Frage: „Ist der Frieden, den Sie jetzt zu schließen gedenken, ein wahrhaft aufrichtiger oder schließen Sie ihn mit dem Hintergedanken, späterhin Ihren Plan der Weltrevolutionierung wieder aufzunehmen?", erwiderte Manuilsky: „Ich kann Ihnen versichern, daß wir mit dem Tag des Friedensschlusses jeden Gedanken an eine Revolutionierung anderer Länder völlig aufgeben. Die revolutionäre Propaganda des Auslandes ist für uns lediglich Kriegsmittel. (?) Als wir den Frieden von Brest-Litowsk unterzeichneten, entschlossen wir uns, jedwedes taugliche Mittel anzuwenden, das Erscheinen des deutschen Imperialismus zu vernichten, der uns einen Unterdrückungsfrieden aufzwang. Das ist die Erklärung für die Haltung Joffes in Paris. Kommt aber jetzt ein Verständigungsfriede zustande, so sind wir fest entschlossen, alle Waffen, politische und militärische, niederzulegen. Unsere Haltung Estland, Litauen und Lettland gegenüber beweist unsere Aufrichtigkeit. Wir fassen ehrlich die Möglichkeit ins Auge, daß ein bolschewistisches Rußland auch neben nicht bolschewistischen Mächten Bestand haben müsse, unter der Voraussetzung allerdings, daß diese Mächte auch unsere Existenzberechtigung anerkennen."

Grodno von den Polen genommen

w. Warschau, 27. September.

Im Generalstabsbericht vom 26. September heißt es:

Nach schweren Kämpfen nahmen wir Grodno, machten Gefangene und erbeuteten viel Kriegsmaterial, nördlich des Njemen verfolgen unsere Truppen die zerstreuten Abteilungen des Feindes.

Im Abschnitte Rozany—Wolkowysk wurde festgestellt, daß die Bolschewisten sich allmählich über die Flußlinie der Szczara zurückziehen. Nördlich von Nowno zerstreuten wir in einem energischen Ausfall die 19. Sowjetinfanteriebrigade, die die Aufgabe gehabt hatte, uns aus Nowno zu verdrängen. Oestlich des Zbrucz erweiterten die ukrainischen Armeen ihre Gruppierungen.

Litauen gegen Polen

w. Wilna, 27. September.

Die Litauische Telegraphen-Agentur verbreitet folgende Meldung: In einer außerordentlichen Sitzung wegen der neuen polnischen Invasion richtete die litauische Nationalversammlung einen Aufruf an das litauische Volk. Dies ist bis auf den letzten Mann bereit, mit Harke, Sense und Axt die polnischen Eindringlinge von der litauischen Erde zu vertreiben. Die Polen besetzten Aiskski östlich Oranty.

Wilson gegen den Kongreß

w. Paris, 27. September.

Wie die „Chicago Tribüne" meldet, lehnte Wilson entschieden ab, die Handelsverträge der Vereinigten Staaten mit dem Auslande zu kündigen. Durch diese Haltung befindet sich der Präsident in direktem Widerspruch zu dem Kongreß, der die Aufhebung aller Handelsverträge verlangt hat, die im Widerspruch zu dem neuen Statut der Handelsmarine bestehen. Wilson betrachtet dieses Statut als verfassungswidrig.

Vorläufig Wirtschaftsfriede in Italien

Nach „Messaggero" haben bei der allgemeinen Betriebsabstimmung über die in Rom getroffenen Vereinbarungen in Mailand 27 Fabriken für und drei gegen die Gutheißung der Vereinbarungen gestimmt. In Genua ergab sich in mehreren Fabriken eine Mehrheit für die römischen Abmachungen; das gleiche zeigte sich in Florenz und Ancona. Gemäß der getroffenen Vereinbarung räumten in Mailand die Arbeiter die Fabrik Pirelli, die sie besetzt hatten. Die Webereien wurden ihren Eigentümern wieder zur Verfügung gestellt. Der Mailänder Präfekt arbeitet in Gemeinschaft mit den Vertrauensmännern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Feststellung genauer Ausführungsbestimmungen zu den in Rom getroffenen Vereinbarungen.

Die Schlichtungsordnung

w. Berlin, 27. September.

Zu dem Gesetzentwurf über die Schlichtungsordnung wird dem W. T. B. vom Reichsarbeitsministerium folgendes mitgeteilt: Die Beratung des Gesetzentwurfs über die Schlichtungsordnung, die im Reichsarbeitsministerium mit einer aus 18 Mitgliedern bestehenden, gleichmäßig aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzten Kommission durchgeführt wird, ist vorläufig abgeschlossen. Nach Zusammenstellung der gefaßten Beschlüsse sollen diese in einer gemeinsamen Schlußsitzung nochmals beraten und ihre endgültige Fassung durchgeführt werden. Unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse wird sodann der Entwurf mit den Vertretern der Beratung beraten und darnach dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Die Vorlage des Gesetzentwurfs an die gesetzgebende Körperschaft zur Beschlußfassung ist somit noch vor Ablauf des Jahres zu erwarten.

Reichstagung ostmärkischer Flüchtlinge

b. Berlin, 27. September.

Im Reichstag wurde heute vormittag die ungemein stark beschickte erste allgemeine Reichstagung ostmärkischer Flüchtlinge, auf der auch Reichsregierung, Behörden und Rotes Kreuz durch zahlreiche Abgeordnete vertreten waren, eröffnet. Einberufen ist die Tagung durch die beiden großen Ostmarkenverbände „Reichsverband Osschutz" und „Deutscher Heimatbund Posener Flüchtlinge", die sich gestern, wie Geh. Ober-Reg.-Rat von Tilly in der Eröffnungsrede mitteilte, zu einem einheitlichen Gesamtverband unter dem Namen „Deutscher Osschutz" zusammengeschlossen haben. Der Bund soll die Vertretung aller Ostmarken sein. Er kennt keine Grenzen, keine Parteien, keinen Kastengeist und keine Religionsunterschiede. Wir können nicht länger zusehen, daß unsere Brüder und Schwestern behandet werden wie Verbrecher. Wir sind keine Freunde von Repressalien, aber für die Reichsleitung muß jetzt der Zeitpunkt gekommen sein, den Polen zu Gemüte zu führen, daß innerhalb des neuen Deutschen Reiches noch Millionen Polen der Segnungen deutscher Kultur und Ordnung sich erfreuen, und daß unfähige Millionen polnischen Vermögens im Reiche unterdrückt sind. (Zustimmung.) Wir protestieren gegen die polnischen Gewaltätigkeiten und das Verhalten der französischen Regierung in Oberschlesien, gegen das brutale Vorgehen der Polen in Ost- und Westpreußen. (Stürmischer Beifall.) Die Flüchtlingsfürsorge muß in verstärktem Maße in die Hand genommen werden. Die Notlage des Reiches dürfen die Flüchtlinge allein nicht zu tragen haben. Reich, Länder und Gemeinden sowie alle Volksgenossen müssen helfen. (Anhaltender Beifall.)

Landesdirektor v. Winterfeldt schilderte die Tätigkeit des Roten Kreuzes in der Flüchtlingsfrage. Ein Vertreter des Reichsministers des Innern versicherte, zugleich für die preußische Staatsregierung, daß es Ehrenpflicht des Reiches und der Länder sei, für die Flüchtlinge zu sorgen. (Beifall.) Abgeordneter Dr. Hölzsch betonte, daß der feste Zusammenhalt mit der Ostmark auf das stärkste gefestigt werden müsse, denn eines Tages müßten die unerträglichen Zustände im Osten, die der Versailler Vertrag geschaffen habe, zu einer Aenderung führen. (Stürmischer Beifall.) Oberbürgermeister Künzel (früher Posen) sprach über die Anmeldung deutscher Vermögen in Polen. Während der polnische Gläubiger seine Forderungen an Reichsangehörige durch die deutschen Gerichte einklagen kann, entbehrt der deutsche Gläubiger in Polen dieses Rechtes. (Hört! Hört!) Diese Rechtsungleichheit — eine Folge von Versailles — kann nur durch einen deutsch-polnischen Staatsvertrag beseitigt werden. Bei der Natur der Polen erscheint es jedoch sehr zweifelhaft, ob das in absehbarer Zeit gelingen werde. (Allseitige stürmische Zustimmung.) Redner besprach eingehend die Maßnahmen und Rechtsbeugungen der Polen bei der Anmeldung deutscher Vermögen und Entschädigungen. Redner verlangte zum Schlusse, daß das Reich die volle Entschädigung aller Reichsdeutschen übernehme, die durch das polnische Liquidationsgesetz und die anderen Vermögenseinteignungsmaßnahmen ihr Vermögen verlieren. (Stürmischer Beifall.) Es floß sich an diesen Punkt eine Aussprache, in der zahlreiche Beschwerden vorgebracht wurden. Weiterhin beschäftigte man sich mit einer Aussprache über die Not des ostmärkischen Deutschtums, der Abwanderung, der gesetzlichen Regelung der Verdrängtenschäden, Valutaschäden usw. Ein besonderer Punkt umfaßte die einzelnen Maßnahmen zum Ausbau der Flüchtlingsfürsorge, so Unterbringungs- und Wohnungsfragen, Siedlungswesen, Kleiderversorgung, Hausratsbeschaffung, Darlehnsgewährung und Beseitigung polnischen Geldes.

Vereitelung der Annahme des Kirchenaustritts-Gesetzes. In der Preußischen Landesversammlung sollte am Dienstag die Verabschiedung des Kirchenaustritts-Gesetzes erfolgen; sie wurde jedoch durch die beiden sozialdemokratischen Parteien unmöglich gemacht. Auf Antrag des Abg. Adolf Hoffmann (Unabh. Soz.) mußte namentliche Schlußabstimmung stattfinden, der dieser jedoch verließen die beiden sozialdemokratischen Fraktionen den Saal. Dadurch wurde das Haus beschlußunfähig; denn es wurden nun nur 166 Stimmen für und 8 gegen die Vorlage gezählt. Es bleibt infolge dieser Obstruktion der Linken die revolutionäre Verordnung über den Kirchenaustritt bestehen. Auch dieser Vorgang zeigt, wie dringend notwendig baldige Neuwahlen sind.

Anna Nissens Traum

34] Roman von Margarete Böhme.

(Nachdruck verboten.)

„Du magst nicht unrecht haben, Geim," sagte Thordsen gedankenvoll. „Aber es wird schwerlich anders werden . . ."

„Niemals, Thord. Kein Mensch kann aus seiner Haut heraus, und du am wenigsten. Für dich gibt es nur eine Rettung aus dem Dilemma und nur einen Ausweg, um deine alten Tage sorgenlos zu beschließen: Es muß Geld ins Haus, ein guter Posten Bargeld; das ist das Wahre. Deine Suse muß reich heiraten. Soll ich mich mal unter der Hand umsehen nach einer passenden Partie?"

„Danke, Geim, du meinst es auf deine Art gut mit uns. Aber ich verkaufe mein Kind nicht."

„Gerechter Gott, was nu für 'ne Verdrehtheit, Thord! Was heißt verkaufen? Meine drei Mädchen sind alle durch ein Hamburger Schadchen verheiratet, und bei allen ist erst das Mein und Dein schwarz auf weiß, auf Mark und Heller festgestellt gewesen, ehe sich die jungen Leut' gesehen haben, und sind alle drei glücklich geworden. Bei unsern Leuten heiratet man nie so blind drauflos, und wir haben selten unglückliche Ehen."

„Ja, bei euren Leuten", — eine leise Note von Hochmut klang durch des alten Herrn Stimme.

„Wodran denn? Sind wir andere Menschen als ihr? Wir sind auch aus Fleisch und Blut und Knochen zusammengesetzt, genau wie ihr."

„Ja gewiß. Geim. Ich meine nur, daß bei euch andere Anschauungen herrschen, vielleicht richtigere, dem praktischen Leben sich besser anpassende, aber doch andere als bei uns. Wir Christen berücksichtigen immer noch etwas die ideale Seite der Ehe."

Geim lachte ein wenig patzig. „Geh mir mit euren Idealen. Wenn ich deiner Suse einen Mann besorge, ist sie auf jeden Fall noch besser aufgehoben, als wenn du sie in deiner Kinderunschuld dem Schweinigel, dem Jakob Nissen, gibst. Nee, Thord, für den ist deine Suse denn doch wahrhaftig zu schade."

„Ich habe nichts Nachteiliges über den jungen Mann gehört, Geim."

„Das ist einer. Neulich traf ich ihn in Husum auf dem Fettviehmarkt, als er im Hinterzimmer bei Blunk mit den Dithmarschern „meine Tante, deine Tante" spielte. Die blauen Zettel flogen nur so über den Tisch, und dabei stürzte er eine Tulpe Grog nach der andern durch die Kehle, immer von der richtigen Nummer, weißt du, wenig Wasser, und viel Geist. Na, denk ich bei mir, Samel Nissen muß sich bannig geändert haben, daß er so rif ist mit dem Taschengeld für seinen Jungen. Dauert nicht lange, da kommt Maschurian auf mich zu. Kann sich kaum auf den Füßen halten und stinkt wie 'n Spirituisfaß aus dem Hals. „Du, Geim", sagt er, „willst 'n Geschäft machen?" „Wenn's sauber ist," sag' ich. Da grient er mich an und lispelt mir ins Ohr: „Möchte unter der Hand zwei Stück Jungvieh verkaufen. Der Knecht bringt sie in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag nach Husum an die Bahn. Wenn du deinem Neffen, den Roßkämmen Heymann, 'n Wink gibst, werden sie sie schon in Hamburg gut verkloppen. Sollst sie billig haben, Geim. Aber reinen Mund gehalten, verstehste?" Ich guck' mir mal den Mosschöh von oben bis unten an. — — „Jawohl, mein Sohn, jetzt verstehe ich, warum Samuel Nissen alle Nasen lang Vieh von der Weide und aus dem Stall gestohlen wird. Werde mirs merken, für den Fall, daß mal ein armer Kerl unschuldig in Verdacht käme. Pfui, Deubel", und drehe ihm einfach den Rücken und laß ihn mit seiner begossenen Nase stehen."

„Entsetzlich," sagte Thordsen. Er war ganz blaß geworden. Obgleich er außer den nachbarlichen keine näheren Beziehungen zu den Nissens unterhielt, ergriff Geims Mitteilung ihn sichtlich. Er sah in Jakob Nissen einen Typus der männlichen Jugend von heute in der Marsch . . wenn die Zukunft der Marsch sich auf eine solche Generation aufbaute, war es traurig um sie bestellt.

Nach einer längeren Pause kam er wieder auf die Anleihe zurück; aber Geim zeigte sich unerbittlich. Nur für den Fall, daß die Regierung in diesem Herbste die Schleuse beanstanden und den Bau einer neuen Schleuse anordnen würde, wollte er seine Hände zur Vermittlung einer neuen Kapitalaufnahme bieten.

* * *

Graf Schiffelmann hatte Inge Bartels mitgeteilt, daß er ihm die Stelle auf seinen Gütern, um welche er sich bemworben habe, übertrage. Seitdem Inge die drei Tage vergeblich auf Suses Antwort auf seinen Brief gewartet hatte, pressierte es ihm sehr mit dem Fortkommen. Er wußte sich nicht mehr auf den wortgetreuen Inhalt seines Schreibens zu besinnen, aber es war ihm so, als sei unter der Gefühlsdepression, die ihn in jener Nacht beherrschte, unter der Wucht der düsteren, traurigen Erinnerungen, die auf ihn einstürmten, etwas wunderlich Konfuses, sentimal Verschrobenes zustande gekommen, das Suse höchstens ein mitleidiges Lächeln entlockt und ein verwundertes Kopfschütteln bei ihr hervorgerufen habe. Und bei dieser Vorstellung stieg eine dunkle Flamme in seine gebräunten Wangen; er, dem sonst jede Regung von Eitelkeit fremd war, und der bisher keinem weiblichen Wesen irgendein — wenn auch nur flüchtiges — Interesse schenkte, schämte sich des Körbchens, das Suse ihm durch ihr Schweigen diskret übermittelte. Und neben der Scham über seine Abweisung brannte der Schmerz um den zerronnenen Traum von Glück in ihm; in diesen Tagen des Hangens und Bangens war es ihm erst bewußt geworden, wie tief die Sehnsucht nach Suses Besitz in ihm wurzelte, wie diese Neigung, die lange uneingestanden in ihm lebte, mit ihren Fühlfäden seine ganze Seele durchrankte.

Und deshalb wollte er so bald wie möglich fort und Suse vordem nicht wiedersehen.

Der Lehnsmann war sichtlich mehr niedergeschlagen als zornig, als Inge ihm seine nahe bevorstehende Abreise mitteilte.

„Wenn's noch Sinn hätte!" murmelte er, „wenn du fort müßtest . . . daß wir beide uns nicht vertragen könnten oder du dein Brot auswärts verdienen müßtest, weil's hier hopert . . . Aber so! Wo ich dir in allem entgegenkommen bin. Man weiß wahrhaftig nicht, was man den Leuten antworten soll, wenn sie einen fragen. Schließlich werden sie dir noch eine unglückliche Liebe anhängen!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009281-11/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 28. September.

Der Steuerabzug

Der Reichsminister der Finanzen hat bestimmt, daß bis auf weiteres nachstehende Erleichterungen bei Ausführung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn allgemein durchgeführt werden, ohne daß es hierzu einer besonderen vorherigen Genehmigung durch das Landesfinanzamt und Finanzamt bedarf.

Ueberfteigt bei ständig beschäftigten Arbeitnehmern der abzugspflichtige Teil des Arbeitslohns — auf das Jahr umgerechnet — den Betrag von 15 000 Mark, nicht aber den Betrag von 30 000 Mark, so sind bis auf weiteres von dem Teil des abzugspflichtigen Arbeitslohnes, der — auf das Jahr umgerechnet — den Betrag von 15 000 Mark nicht übersteigt, 10 v. H. von dem übrigen Teil des abzugspflichtigen Arbeitslohnes 15 v. H. einzubehalten. Danach ist also bei ständig beschäftigten Arbeitnehmern, sofern der auf das Jahr umgerechnete abzugspflichtige Arbeitslohn 30 000 Mark nicht übersteigt, die Durchführung vorzunehmen. Beträgt z. B. der abzugspflichtige Wochenlohn 400 Mark und demgemäß der auf das Jahr umgerechnete Arbeitslohn 20 000 Mark, so sind von 300 Mark 10 v. H. (da 300 Mark Wochenlohn auf das Jahr umgerechnet 15 000 Mark ergeben) und von 100 Mark 15 v. H. einzubehalten.

Vom Steuerabzuge bleiben bis auf weiteres frei besondere Entlohnungen für Arbeiten, die über die für den Betrieb regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet wurden. Die regelmäßige Arbeitszeit soll dabei, sofern nicht besondere Verhältnisse im einzelnen Falle eine Ausnahme bedingen, die Arbeitswoche zu 6 Arbeitstagen, der Arbeitsmonat zu 25 Arbeitstagen und das Arbeitsjahr zu 300 Arbeitstagen gelten. Demgemäß sind von dem Steuerabzug alle besonderen Entlohnungen für Ueberstunden, Ueberschichten, Sonntagsarbeit und für sonstige, über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehende Arbeitsleistungen bis auf weiteres freizulassen. Hat z. B. ein Arbeiter in einer Woche statt der regelmäßigen 6 Arbeitsschichten 7 Arbeitsschichten geleistet so findet ein Abzug von dem für die siebente Schicht auszuzahlenden Arbeitslohn nicht statt. Hat ferner z. B. ein Arbeiter in einem Monat eine Woche hindurch nicht gearbeitet, leistet er aber in den drei folgenden mehr als 18 Schichten, so hat der Abzug nur insoweit zu erfolgen, als die Vergütung für 18 Schichten gezahlt wird ohne Rücksicht darauf, ob die Lohnzahlung täglich, wöchentlich oder in anderen Zeitabschnitten erfolgt.

Es muß sich aber dabei um besondere Entlohnungen handeln; ein Dienstmädchen z. B., das auch sonst Sonntagsarbeit leistet, erhält für diese Sonntagsarbeit keine besondere Vergütung, weshalb hier der Gesamtlohn dem Abzug unterworfen bleibt.

Zur Beseitigung weiterer entstandener Zweifel wird noch folgendes angeführt: Es sind Zweifel darüber entstanden, wie der nach § 1 Abs. 1, 2 der vorl. Bestimmungen vom 28. Juli 1920 abzugsfreie Lohnteil bei einer Lohnzahlung zu berechnen ist, wenn der Arbeitnehmer in der Zeit seit der vorausgegangenen letzten Lohnzahlung (oder falls es sich um die erste Lohnzahlung handelt: in der letzten Zeit seit Beginn des Arbeitsverhältnisses) an einzelnen Arbeitstagen, Wochen oder in längeren Zeiträumen nicht gearbeitet und Lohn nicht verdient hat. Die Frage ist, ob in solchen Fällen der abzugsfreie Betrag nur nach der Zahl der Arbeitstage, Wochen usw., an denen gearbeitet wurde und für die Lohn gezahlt wird, oder für die gesamte Zeit zu berechnen ist. Bei der Beantwortung dieser Frage ist davon auszugehen, daß nach der Absicht des Gesetzes vom 21. Juli 1920 der Lohnabzug — soweit wie möglich — in Uebereinstimmung mit der späteren endgültigen Veranlagung des Arbeitnehmers gebracht werden soll. Bei der endgültigen Veranlagung bleiben auf das Jahr gerechnet stets 1500 Mark, also für jeden der 300 Arbeitstage 5 Mark steuerfrei. Daher entspricht es dem Sinne des Gesetzes, daß auch vom Steuerabzuge für jeden Arbeitstag 5 Mark freigelassen werden, und zwar auch dann, wenn für diesen Arbeitstag Lohn nicht zu zahlen ist. Dasselbe gilt für die Steuer- und Abzugsfreiheit der steuerfreien Einkommensteile, die wegen der zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehörenden Angehörigen gewährt werden. Anderseits muß sich die Anrechnung der arbeits- und lohnfreien Arbeitstage auf die Dauer des jeweiligen Arbeitsverhältnisses beschränken. Denn der Arbeitgeber kann nur für diese Zeit Lohn zahlen, Abzüge machen und Abzugsfreiheit berechnen. Daß hierbei dem Arbeitnehmer mehr abgezogen wird, als seine demnächst endgültig veranlagte Steuerschuld beträgt, kann nur in ganz besonderen Ausnahmefällen eintreten, weil der Einkommensteuersatz schon in der untersten Stufe 10 v. H. beträgt und in den höheren Lohnklassen erheblich wächst. Demnach hat der Arbeitnehmer den Abzug für jeden Arbeitstag der Lohnzahlungsperiode und insbesondere auch für die arbeits- und lohnlosen Arbeitstage seit der vorausgegangenen letzten Lohnzahlung oder gegebenenfalles seit dem Beginn des Arbeitsverhältnisses, immer aber nur für die Dauer dieses Arbeitsverhältnisses zu beanspruchen.

In dem Fall des § 1b der vorläufigen Bestimmungen vom 28. Juni 1920 ist für ständig beschäftigte Arbeitnehmer bei jeder Lohnzahlung der abzugspflichtige Arbeitslohn nach Verhältnis der Lohnzahlungsperiode zu dem Arbeitsjahr (300 Arbeitstage, 50 Arbeitswochen, 12 Arbeitsmonate) auf ein Jahreseinkommen umzurechnen. Es sind nun Zweifel entstanden, wie der Arbeitslohn auf das Jahr umzurechnen ist, wenn der Arbeitnehmer seit der vorausgegangenen letzten Lohnzahlung an einzelnen Arbeitstagen oder während einzelner Arbeitswochen oder sonstiger Zeitabschnitte nicht gearbeitet hat und wenn ihm für diese Zeit kein Arbeitslohn ausgezahlt wird. Insbesondere wurde die Frage aufgeworfen, ob in solchen Fällen die Umrechnung des Arbeitslohnes auf das Jahr lediglich nach Maßgabe der Tage, Wochen oder sonstigen Zeitabschnitte zu erfolgen hat, während deren der Arbeitnehmer gearbeitet hat und für die ihm Arbeitslohn ausgezahlt wird, oder ob bei der Umrechnung auch die Zeit zu berücksichtigen ist, in der der Arbeitnehmer nicht gearbeitet hat und für die ihm ein Lohn nicht ausgezahlt wird.

Auch bei Beantwortung dieser Frage ist davon auszugehen, daß durch die Umrechnung des Arbeitslohnes auf das Jahr auf Grund des abzugspflichtigen Arbeitslohnes — soweit möglich — das endgültig steuerpflichtige Jahreseinkommen ermittelt werden soll. Wenn nun der Arbeitnehmer an einzelnen Tagen usw. nicht gearbeitet hat und wenn ihm für diese Zeit Arbeitslohn nicht ausgezahlt wird, so vermindert sich das endgültig steuerpflichtige Arbeitseinkommen um diesen Lohnausfall, weshalb hierauf bei der Umrechnung des Arbeitslohnes auf das Jahr Rücksicht genommen werden muß. Demgemäß ist bei dieser Umrechnung auf das Jahr nach Maßgabe der Lohnauszahlungsperiode davon auszugehen, daß zu einer Lohnauszahlungsperiode sämtliche, seit der vorausgegangenen letzten Lohnauszahlung verflossenen Arbeitstage gehören, ohne Rücksicht darauf, ob der Arbeitnehmer an diesen Tagen gearbeitet hat und ob ihm für diese Arbeitstage Arbeitslohn ausgezahlt wird. Der am Schlusse einer Lohnzahlungsperiode tatsächlich auszuzahlende abzugspflichtige Arbeitslohn ist daher so anzusehen, als wenn er während der ganzen seit der letzten Lohnauszahlung verflossenen Zeit verdient worden wäre. Demgemäß ist auch die Umrechnung dieses Arbeitslohnes auf das Arbeitsjahr nach dem Verhältnisse vorzunehmen, in dem die seit der vorausgegangenen letzten Lohnzahlung verflossene Zeit zum Arbeitsjahr steht. Als letzte Lohnzahlung ist dabei nicht der Tag, an dem zum letztenmal dem Arbeitnehmer Lohn ausgezahlt wurde, sondern das Ende der letzten Lohnauszahlungsperiode anzusehen, für welche dem betreffenden Arbeitnehmer Arbeitslohn ausgezahlt worden ist. Hierbei kann aber gleichfalls nur die Zeit als zu einer Lohnzahlungsperiode gehörig angesehen werden, während der der Arbeitnehmer im Dienste des jeweiligen Arbeitgebers gestanden hat, da der Arbeitgeber nur für diese Zeit Lohn zahlen und nur diesen Lohn auf das Jahr umrechnen kann. Die Zeit vor Beginn und nach Beendigung des jeweiligen Arbeitsverhältnisses ist also auch hier unberücksichtigt zu lassen.

Als abzugspflichtiger Arbeitslohn gilt stets der ausgezahlende Arbeitslohn, vermindert um die abzugsfreien Beträge, wie sie sich aus § 1 und 2, § 2 der vorl. Bestimmungen vom 28. Juli 1920 und aus diesen Ausführungen ergeben.

Schwurgericht

! In der Sitzung am 25. September unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Krüger wurden als Geschworene ausgelost die Herren: Kaufmann Paul Mitsching-Halle, Gastwirt Heinrich Küch-Halle, Fabrikbesitzer Fritz Engel-Merseburg (Obmann), Expedient Otto Berlich-Halle, Magistratssekretär Karl Witzel-Halle, Stellmachermeister Karl Kutscher-Halle, Kaufmann Otto Endlich-Hettstedt, Korbmachermeister Emil Brode-Halle, Landwirt Franz Wegeleben-Wansleben, Rendant a. D. Otto Wehrmann-Schafstedt, Bergassessor Georg Klein-Halle, Rittergutspächter Friedrich Meyer-Löderitz. Die Anklage vertrat Assessor Ulrich, die Verteidigung hatten die Rechtsanwälte Dr. Fackenheim (für Engel), Dr. Simson (für Eule) und Jordan (für Lützkendorf).

Schiebung.

Vor den Geschworenen standen drei Querfurter: Kaufmann Max Engel, Erich Eule und Hilfsschaffner Fritz Lützkendorf.

Ein Kaufmann H. in Halle hatte im „Querfurter Anzeiger" Sämereien zu kaufen gesucht, worauf er von Engel ein Angebot erhielt, das aber zu keinem Geschäft führte. Später wurden dann von Engel und Eule 100 Zentner Raps angeboten, zahlbar bei Uebergabe des Duplikatfrachtbriefes; H. fand den Frachtbrief in Ordnung, wünschte aber nunmehr die Absendung des Rapses an eine andere Adresse, weswegen ein neuer Frachtbrief ausgestellt werden mußte. Als Eule mit dem neuen Frachtbriefe erschien, erhielt er den Betrag von 16 500 Mark ausgezahlt. Für die Ausstellung und Stempelung des Frachtbriefes war Lützkendorf gekommen worden, der dafür 1000 Mark erhielt. Da die beiden Schwindler den Raps zum Verkaufe gar nicht besaßen, so hatten sie sich des Betruges schuldig gemacht, aber auch der schweren Urkundenfälschung und der Beamtenbestechung. Engel und Eule hatten aber auch von H. 180 Säcke zum Versand des Rapses erhalten, die sie verkauften. Nachdem ihnen dieses Betrugsmanöver so gut gelungen war, schritten sie zu einem neuen, indem sie dem Kaufmann S. in Halle 400 Zentner Mohn zu je 890 Mark anboten, die dieser auch bestellte. Den Frachtbrief über diese Sendung hatte wieder Lützkendorf ausgestellt, dem dafür 5000 Mark versprochen waren. In diesem Falle blieb es aber bei einem Betrugsversuche, denn als Eule den Betrag von über 100 000 auf der Bank erheben wollte, wurde er festgenommen. Die Folge war dann eine Anklage wegen schwerer Urkundenfälschung, Betruges, versuchten Betruges, Beamtenbestechung und (bei Lützkendorf) wegen Beihilfe. Den Geschworenen wurden 38 Fragen vorgelegt, 25 davon Schuldfragen, die anderen nach mildernden Umständen; sie bejahten alle Schuldfragen, billigten auch nur Lützkendorf mildernde Umstände zu, trotzdem der Staatsanwalt dieselben auch für den erst 20jährigen Eule empfohlen hatte. Das Gericht verkündete darauf folgende Strafen: Der schon mehrfach bestrafte Engel wurde als der Verführer und die treibende Kraft angesehen und erhielt 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 8000 Mark Geldstrafe, der noch unbestrafte Eule 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 1200 Mark Geldstrafe, Lützkendorf 1 Jahr Gefängnis und Einziehung der erhaltenen 1000 Mark.

— Studirat Dr. Tepelmann ist am 27. September aus seinem Amte geschieden. Er war einer der tüchtigsten Juristen und fähigsten Beamten der Stadt. Mehr als 15 Jahre hat er die Armenverwaltung mit Umsicht und besonderem Geschick geleitet. Außerordentliches hat er geleistet und Unvergängliches geschaffen. Es wird nur an die Reorganisation des Jugendamtes, die Gründung des Armenpflege- und Wohltätigkeitsverbandes, die Neuaufstellung der Armen- und Waisenordnung und die Ausübung der Kriegsfürsorge erinnert. Trotzdem fand Herr Dr. Tepelmann immer noch Zeit, sich der Armen und Kranken, namentlich der verschämten Armen, in einer Weise anzunehmen, wie keiner seiner Vorgänger. Aber auch der städtischen Sparkasse hat er als Dezernent hervorragende Dienste geleistet. Seinen Beamten und Angestellten gegenüber war er ein guter und gerechter Vorgesetzter. Sein Ausscheiden wird daher schmerzlich empfunden. Von den Beamten und Angestellten der Armenverwaltung und der städtischen Sparkasse wurden ihm Ehrungen zuteil.

— **Rentenzahlung bei der Post.** Die Zahlung der Militärversorgungsgebührnisse und der Invaliden- und Unfallrenten findet an den Hauptzahltagen im Saale der „Weißbierhallen", Lerchenstraße — Ecke Müllerweg, in folgender Weise statt: für Militärrenten: am 29. September für die Inhaber der Stammkarten Nr. 1—15 000, am 30. September für die Inhaber der Stammkarten Nr. 15 001 bis Schluß; für Invaliden- und Unfallrenten am 1. Oktober für die Inhaber der Stammkarten Nr. 1—8800, am 2. Oktober für die Inhaber der Stammkarten Nr. 8801 bis Schluß. Für diejenigen Empfänger von Militärgebührnissen, welche die Zustellung ins Haus beantragt haben, erfolgt die Auszahlung durch die Postboten am 29. und 30. September.

— **Ausfuhr- und Transportverbot für Hafer.** Die Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 verbietet die Ausfuhr von Hafer ohne Genehmigung des Kommunalverbandes oder der Reichsgetreidestelle aus dem Bezirk des Kommunalverbandes. Die von dem Direktorium der Reichsgetreidestelle ergangene Bekanntmachung vom 30. August 1920 über die Aufbringung von Hafer gegen Bezugsschein schränkt den Verkehr mit Hafer weiter ein. Häufige Veränderungen, auch innerhalb des Kommunalverbandes, bedürfen der Genehmigung. Landwirte, Fuhrwerksbesitzer und andere Beteiligte werden deshalb darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, den Fuhrwerksbesitzer beim Transport von Hafer einen Ausweis des Kommunalverbandes darüber mitzugeben, daß die Versendung zu Recht erfolgt. Sonst werden sie Gefahr laufen, daß die Mengen durch die Ueberwachungsbeamten der Reichsgetreidestelle beschlagnahmt werden. Die Ausstellung des Genehmigungsscheines zur Beförderung von Hafer ist beim Magistrat, Kriegsrationsschuß, zu beantragen.

— **Benutzt die Lungenfürsorgestelle! Wendet euch an eure Aerzte!** Die Verbreitung der Tuberkulose hat in den letzten Jahren derart zugenommen, daß sich die Zahl der jährlichen Todesfälle an dieser Volkseuche verdoppelt hat. Wer daher an Anzeichen von Tuberkulose erkrankt zu sein glaubt, wer in seiner Familie Krankheits- oder Todesfälle an Tuberkulose gehabt, gehe zu seinem Arzt! Auch besteht in der Fürsorgestelle Salzgrotenstraße 1 die Möglichkeit, sich kostenlos untersuchen zu lassen und gegebenenfalls Unterstützung bei Krankheitsfällen zu erhalten. Im Monat August wurde die Sprechstunde von 959 Personen besucht. An Haus-, Kassenärzte und Kliniken wurden 40 Kranke überwiesen, in 9 Fällen wurden bei Kindern und Erwachsenen Heilstättenkuren veranlaßt, 16 mal wurde die Unterbringung in Ferienkolonien, Solbädern, auf dem Lande und in der Walderholungsstätte vermittelt. Andere Maßnahmen waren: Nahrungsmittelzeugnisse bzw. Abgabe von Milch, Butter, Haferflocken und Fleisch, und Weißbrot (70 mal), Barunterstützung (636 Mark Erhöhung der Armenunterstützung 1 mal), Mietszuschüsse (11 mal), Erholungsheime (5 mal), Desinfektionen (7), Absonderung in der Wohnung (8), Stellung von Pflegerinnen (2), Vermittlung von Schulspeisungen (8). Briefe gingen 208 heraus. Impfungen auf Tuberkulose wurden 117, Blutfarbstoffuntersuchungen 55 mal ausgeführt, Auswurfuntersuchungen wurden 58 mal veranlaßt, davon waren 17 positiv. Die Zahl der Hausbesuche und Dienstwege betrug 514, die Zahl der offenen Tuberkulosen, die sich zu gleicher Zeit in der Behandlung befinden, betrug allein 278, d. h. sie steigert sich jetzt noch fortgesetzt. — Mit dem 15. September schloß leider die Walderholungsstätte ihre Pforten, sie hat einen Sommer mit vorzüglichen Erfolgen hinter sich. Die Verpflegung der Kranken und Versorgung war vorbildlich. Dafür sei der Leitung der hiesigen Ortskrankenkasse auch in dieser Stelle im Namen der Fürsorgestelle und ihrer Besucher bestens gedankt. Der Ende August veranstaltete Fürsorgerinnen-Lehrgang in der Tuberkulosebekämpfung war von 60 Teilnehmerinnen aus der ganzen Provinz besucht. Den Vorträgen und Ausführungen wurde die ganze Woche über von den Teilnehmerinnen mit Eifer und Freude gefolgt. Die Einrichtungen des Halleschen Ortsvereins und ihr Betrieb fanden ungeteilte Zustimmung.

Provinz Sachsen

Gedenktage für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen

28. September bis 3. Oktober.

28. September 1841 geb. Kramichfeld Rudolf Baumbach, Dichter. — 1859 gest. zu Berlin Dr. phil. Karl Ritter, seit 1820 a. o. Prof. der Geographie an der Univ. Berlin (geb. 7. 8. 1799 Quedlinburg.

29. September 1841 geb. Weißenfels Heinrich v. Goßler, 1896—1903 preußischer Kriegsminister. — 1889 gest. zu Celle Dr. phil. Christoph Ernst Greiling, 1838—44 Kollaborator an der Latina in Halle, 1844—46 Pfarrer in Ahlsen bei Salzwedel, 1846—89 zweiter Diakonus, dann Archidiakonus an der Stadtkirche in Celle.

30. September 1811 geb. zu Weimar Augusta, Deutsche Kaiserin. — 1881 gest. zu Eisenach Karl August von Arnswald, Herr auf Kelbra, Herzogl. Sächsischer Forstmeister (geb. 8. 1. 1776 Zillbach) — 1846 geb. zu Essen D. theol. h. c. August Wächtler, Stadtsuperintendent und Oberpfarrer zu St. Ulrich in Halle. — 1855 geb. zu Halle Alfred Beeck, Direktor der Zentralgeflügelzuchtanstalt der Landwirtschaftskammer für die Prov. Sachsen und Lektor für Geflügelzucht an der Univ. Halle.

1. Oktober 1856 geb. zu Garlstorf bei Lüneburg Lic. theol. Albert Eichhorn, a. o. Prof. für Kirchengeschichte an der Univ. Kiel, 1868—88 Privatdozent und 1888—1901 a. o. Prof. in Halle.

2. Oktober 1834 geb. zu Magdeburg Landrat a. D. Ludolf v. Bismarck, Landeshauptmann der Altmark, Herr auf Briest und Welle (Kreis Stendal). — 1875 geb. zu Remscheid-Ehringhausen Prof. Dr. phil. Adolf Haseneleve, Privatdozent für neuere Geschichte an der Univ. Halle.

3. Oktober 1819 Gründung des Thüringisch-Sächsischen Vereins für Erforschung des vaterländischen Altertums und Erhaltung seiner Denkmäler zu Naumburg (jetzt Halle. — 1851 geb. zu Ketwig a. d. Ruhr Geh. Konsistorialrat D. theol. h. c. Dr. phil. h. c. Ferdinand Kattenbusch, Großh. Hessischer Geh. Kirchenrat, o. Prof. für systematische Theologie an der Univ. Halle

Vortrag in der deutschnationalen Volkspartei Kreisverein Bitterfeld

Bitterfeld, 26. September.

Am Sonnabend hielt die Ortsgruppe Alt-Jeßnitz eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Arbeitersekretär Voigtländer über „Sozialdemokratie und Sozialismus" sprach. Der Redner erläuterte der gutbesuchten Versammlung zunächst die Entwicklung des Sozialismus, besprach das kommunistische Manifest von Marx und verbreitete sich dann über das sozialdemokratische Wirtschaftsprogramm, wobei er dessen Undurchführbarkeit treffend nachwies und beleuchtete, daß bei diesen gewaltsamer Einführung gerade das Gegenteil von dem Gewollten erreicht würde. Die streng sachlichen Ausführungen des Referenten stützten sich vorwiegend auf Aeußerungen anerkannt namhafter Sozialistenführer, z. B. Bebel, Scheidemann, Kautsky, Cohen-Reuß usw.

In der Aussprache konnte Herr Voigtländer die gehässigen und sich widersprechenden Worte eines Unabhängigen, der von außerhalb zur „Aufklärung" gekommen war, mühelos widerlegen. Als bemerkenswert sei eine Aeußerung dieses Gegners festgehalten: „Wenn die nächste Revolution kommt, was höchstens nur noch Wochen dauern kann, werden wir unseren Gegnern den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust setzen und werden blutige Abrechnung halten! So wie am 9. November lassen wir die Herren nicht wieder davonkommen!" Derselbe Redner fühle sich berufen, die deutschnationale Kriegspolitik zu bekämpfen! Ob denn das Bürgertum hieraus etwas lernen wird?

Oberschlesiertag auf der Wartburg

-5- Eisenach, 26. September.

Unter zahlreicher Teilnahme heimattreuer Oberschlesier fand auf der Wartburg eine Massenkundgebung für das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland statt. Im Auftrage der weimarischen Staatsregierung wohnte Staatsrat Kühner der Kundgebung bei. Nach dem ergreifenden Vortrag des Niederländischen Dankgebetes durch die Stadtkapelle hielten Bankdirektor Fricke, Bürgermeister Schneider und Dr. Marx von der Zentrale der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier (Breslau) Begrüßungsansprachen. Herr Lidel tat um treue Unterstützung Alldeutschlands im heißen Kampf ums Recht. Die 10 000 im Verband zusammengeschlossenen Heimatdeutschen Oberschlesiens sind sich bewußt, daß sie Deutsche sind, und werden sich diesem großen Gedanken unterordnen. — Den Höhepunkt erfüllt die Feier durch die von tiefem sittlichen Ernst getragene Ansprache des Pfarrers Dr. ver. pol. Just (Breslau). Er ließ die Geschichte der Wartburg zu den Versammelten reden, insonderheit den glaubensstarken, unerschütterlichen Mut Dr. Martin Luthers, die flammende Begeisterung der Burschenschafter und die duldende Liebe der heiligen Elisabeth, und beantwortete aus dieser Geschichte heraus die Frage: „Wartburg, was rufst du uns zu?" Die Antwort faßte er in die Sätze zusammen: Gebt gesicherte Freiheit der deutschen Volksabstimmung in Oberschlesien, laßt euch im Abstimmungsgebiet den Mut nicht rauben und wacht auf im weiten deutschen Vaterland, die ihr noch nicht erkannt, was euch mit Oberschlesien verloren geht. Mahnend schloß der Redner mit den Dichterworten: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!"

Der Verlauf der Veranstaltung bildete einen flammenden Protest gegen die Vergewaltigung des deutschen Kulturlandes Oberschlesien. Unter dem gewaltigen Eindruck der oft von zustimmendem Beifall unterbrochenen Reden gelangte eine an die deutsche Staatsregierung gerichtete Entschließung einstimmig zur Annahme:

„Die heute im Herzen Deutschlands auf der ehrwürdigen Wartburg versammelten heimatstreuen Oberschlesier erheben schärfsten Protest gegen die seit Monaten erfolgende Vergewaltigung der Deutschen Oberschlesiens. Wir klagen die Polen an, daß sie dauernd Ruhe und Ordnung unter Anwendung rohester Gewalt durch Mord und Brand stören und auf gewaltsame Weise

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009281-11/fragment/page=0003

das uns verbürgte Recht der Volksabstimmung umzustoßen bestrebt sind. Wir klagen die Franzosen an, daß sie im geheimen Bunde mit den Polen gegen die deutsche Sache arbeiten und damit die von ihnen zugesagte Neutralität brechen. Wor fordern Entwaffnung räuberischer polnischer Banden, Ruhe und Ordnung im Lande und die Zusicherung, daß auch die Deutschen ihre Ueberzeugung frei und ungehindert bekunden können. Wir geloben, für die deutsche Sache Oberschlesiens mit den Waffen treuer Treue zur Heimaterde einsetzen und unentwegt eintreten." — Mit dem Gesange des von Bundesdirektor Hubert Weiß-Goße gedichteten Liedes von „Des Oberschlesiers Abstimmung" erreichte die eindrucksvolle Kundgebung auf der Wartburg ihr Ende.

---

d. **Halberstadt**, 27. Sept. (Gründung eines Pächter-Kreisverbandes.) Am Sonntag fand hier eine Versammlung von Vertretern der Pächtervereine und Berufsländwirte der Kreise Halberstadt-Oschersleben statt, in der einstimmig die Gründung eines Kreisverbandes Halberstadt-Oschersleben beschlossen wurde. Zum Vorsitzenden wählte man Rittergutspächter Klaue-Spiegelsberge. Gegenüber den Forderungen der Vereinigung, die Ackerpachtpreise um 250—300 Prozent gegenüber den Friedenspreisen zu erhöhen, stellte man den Grundsatz auf, daß 50—100 Prozent ausreichend und angemessen sei. Innerhalb des Verbandes soll nach dem Muster Derenburgs angestrebt werden, daß Acker, für den eine höhere Pacht gezahlt werden soll, den Verpächtern zur Verfügung gestellt werden und von keinem Pächter oder Berufslandwirt bearbeitet werden soll.

— **Sömmerda**, 27. Sept. (Von einem Kraftwagen überfahren) wurde in Leubingen die Frau Henriette Müller aus Weißensee mit ihrem Kinde. Die Frau wurde ein Stück mitgeschleift; ein Bein und vier Rippen wurden gebrochen, eine fünfte Rippe gesplittert, auch wurde eine Verwundung am Unterleib festgestellt. Die Verunglückte ist ihren Verletzungen erlegen. Das Kind kam mit dem Schrecken davon.

gg. **Jena**, 26. Sept. (Auf dem 36. Deutschen Fürsorgetag,) veranstaltet vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge, wurde eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: Der deutsche Fürsorgetag hält eine Renderung der Gesetzgebung über die öffentliche Armenpflege für dringend erforderlich. Angesichts der steigenden Notlage des deutschen Volkes ist neben Wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Ausbau der Armenpflege unerläßlich. An den Kosten der Armenpflege, die dem Armenverbänden obliegen, sind Reich und Länder so zu beteiligen, daß eine ausreichende Unterstützung bei möglichster Sparsamkeit gewährleistet wird. Die armenrechtlichen Beschränkungen der Freizügigkeit sind aufzuheben. Die Unterstützten sind gegen unbillige Maßnahmen der Armenbehörden durch Ausbau des Beschwerderechts zu schützen. Zur Entlastung der Armenverbände sind ihnen erweiterte Rechte zu geben, um unterhaltspflichtige Verwandte des Unterstützten nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit heranzuziehen. Außer der Neuordnung des öffentlichen Armenwesens fordert der Deutsche Fürsorgetag beschlossene Vorarbeiten für ein Gesetz, das die gesamte Wohlfahrtspflege nach einheitlichen Gesichtspunkten regelt.

— **Erfurt**, 27. Sept. (Kartoffelschieber.) Nach einer Rundverfügung des Regierungspräsidenten suchen Aufkäufer, angeblich aus Rheinland-Westfalen, im Regierungsbezirke Erfurt und in Thüringen große Mengen Kartoffeln aufzukaufen. Die für den Zentner gebotenen Preise bis 60 Mark und die falsche Bezeichnung der Kartoffeln als Saatkartoffeln bei der Versendung lassen darauf schließen, daß Verschiebung der aufgekauften Kartoffeln ins Ausland beabsichtigt ist. Die hiesige Staatsanwaltschaft wird in allen zur Anzeige gelangenden Fällen Strafverfolgung eintreten lassen und, sofern sich der Verdacht einer strafbaren Handlung (Preistreiberei oder Uebertretung von Ausfuhrverboten) ergibt, die Beschlagnahme der Kartoffeln in die Wege leiten.

ss. **Leipzig**, 27. Sept. (Der Zentralverein deutscher Zahnärzte) nahm eine Stiftung an, die den Namen seines Vorsitzenden, Professor Dr. Walkhoff-München, tragen soll. Die Mittel daraus sollen für Auszeichnungen hervorragender Doktorarbeiten und für Auszeichnungen wissenschaftlicher Leistungen auf dem Gebiete der Zahnheilkunde Verwendung finden.

H.Z. Sportberichte

Nationales Schwimmfest in Halle

Das Nationale Schwimmfest, das gestern der Hallesche Schwimmverein 1902 im Stadtbad veranstaltete, übertraf alle Erwartungen. Das Stadtbad konnte die Besucher kaum fassen. Auch die Beteiligung an den Wettkämpfen war eine äußerst zahlreiche. Nicht weniger wie 31 Vereine aus der Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen, sowie Vereine aus Leipzig, Chemnitz, Neukölln, darunter namhafte und bekannte Schwimmer, beteiligten sich an den Wettkämpfen, die einen erstklassigen Sport boten. Der Hallesche Schwimmverein 1902 hatte einen guten Tag. Er gewann den Ehrenpreis der Stadt Halle in einem schweren Kampf gegen zwei gleichwertige Gegner. Auch bei den Jugendwettkämpfen zeigte sich die Hallesche Mannschaft überlegen, sie gewann die Jugendlagenstaffel und noch einige andere Rennen. Besonders gut war auch die Hallesche Damenmannschaft, die in allen drei Rennen als Sieger hervorging. Von den auswärtigen Vereinen haben vor allem die Leipziger und die Dessauer gut abgeschnitten.

Das Ergebnis der einzelnen Wettkämpfe war folgendes:

1. Eröffnungsstaffel für Junioren. (Gönnerpreis.) 1. Stillinge-Dessau 2,36⅕, 2. Lipsia-Leipzig 2,46. 2. **Jugendbrustschwimmen** (8 Längen). 1. Mitzbach (N. L. Sch.-R.) 3,28⅗, 2. Stollberg, 3. Engelhardt (beide Halle 02), 4. Kummert (Hellas-Magdeburg). 3. **II. Seniorrückenschwimmen** (8 Längen). 1. Steuer (S.-C. Aschersleben) 5,20, 2. Jung (Halle 1902). 4. **Damenjuniorbrustschwimmen** (2 Längen). 1. Frl. Stöhr 49⅘, Gef., 2. Frl. Friedrich 54, 3. Frl. Sanger (sämtlich von Halle 1902). 5. **Jugendschwimmen** (4 Längen). 1. W. Schmidt (Halle 02) 1,18⅕, 2. Stolze (S.-C. Aschersleben), 3. Mielsbach (N. Leipz. S.-R.). 6. **Bruststaffel für Herren über 35 Jahre** (3 : 2 Längen). **Ehrenpreis der Stadt Halle.** Sieger: Halle 02 (2,14⅘), 2. Sport 1912 Halberstadt, 3. Neptun Bernburg. 7. **II. Seniorschwimmen** (8 Längen). 1. Heinrich (1. Poseidon), 2,47, 2. Walter (Hellas Magdeburg). 8. **Erstsprungen** (4 Pflicht- und 1 Kürsprung). 1. Gold (Alt. Leipz. S.-V.) 36⅕ P., 2. Arnick (Union Neukölln) 35½ P., 3. Möller (S.-C. Aschersleben) 34⅗ P. 9. **Jugendbrustschwimmen** (4 Längen). 1. E. Schmidt (Halle 02) 1,29⅘, 2. Strubel (S.-V. Leipzig-Ost), 3. Riedel (N. Leipz. S.-R.). 10. **Jugendrückenschwimmen** (4 Längen). 1. Denckhoff (Magdeburg 96), 1,38⅕, 2. Hofmann (Lipsia-Leipzig), 3. Mitzbach (N. Leipz. S.-R.). 11. **Erinnerungsstaffel** um den Ehrenwanderpreis. Sieger: Stillinge Dessau 2,41⅘, 2. Alt. Leipz. S.-R. 12. **Damenjuniorbruststaffel.** Sieger: Halle 02 2,39⅘, 2. Neptun Delitzsch. 13. **Juniorbrustschwimmen.** 1. Blücher (Sportlust 1912, Halberstadt) 2. Prellis (Elbe Schönebeck), Saarbach (Weißenfelser S.-V.). 14. **Jugendlagenstaffel.** 1. Halle 02 2,43⅕, 2. Totes Rennen zwischen Hellas Magdeburg und Magdeburg 96. 15. **Juniorschwimmen.** 1. Wormuth (Dessau 04) 34⅘, 2. Lechner (Stillinge Dessau), 3. Lodebeck (Halle 02), 4. Godehardt (Weißenfelser S.-V. 16. **Juniorrückenschwimmen.** 1. Henischel (N. Leipz. S.-R.), 2. Behrend (Halle 02). 17. **Damenjugendbrustschwimmen.** 1. Frl. Koch (Halle 02) 49⅘, P., 2. Frl. Trautner (Leipzig-Ost). 18. **I. Seniorschwimmen.** 1. Wisel (N. Leipz. S.-R.) 68 P., 2. Lachmir (Stillinge Dessau) 67⅘, P., 3. Kohle (Lipsia Leipzig) 63⅘, P.

Das Wasserballspiel zwischen Halle 02 und dem Weißenfelser Schwimmverein endete mit dem überlegenen Siege der Hallenser Mannschaft 8 : 2.

Am Abend fand im Saale des „Hofjäger" die Verkündung der Wanderpreis- und Meisterschaften-Verleihung wertvoller Preise statt.

— **Zum Fußball-Länderkampf Deutschland gegen Ungarn** am 24. Oktober im Deutschen Stadion sind die Vorarbeiten im Gange. An alle Behörden, Schulen und Bildungsanstalten ergehen Einladungen, und den Schülern unter 14 Jahren wird wieder freier Eintritt gewährt. Die deutsche Mannschaft dürfte nach den Erfahrungen des Länderspieles gegen Oesterreich am Sonntag in Wien aufgestellt werden. Das Schiedsrichteramt wird wahrscheinlich einem Holländer übertragen werden. — Wie ausländische Zeitungen melden, dürfte dieses Spiel nicht zustande kommen, da sich verschiedene Budapester Vereine weigern, ihre Spieler in die Stadt der ersten Berufsspielermannschaft zu entsenden. Sie befürchten, Spieler zu verlieren. Eine offizielle Bestätigung dieser Meldung liegt jedoch nicht vor.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Die lebenswichtigen Betriebe des Ruhrkohlenbezirks und die Kohlennot

Im Nachfolgenden seien ohne weiteren Kommentar einige Fälle über den Einfluß der Kohlenlieferungen an die Entente auf die lebenswichtigen Betriebe des Industriebezirks zusammengestellt:

Ein städtisches Gaswerk wird infolge der schlechten Kohlenbelieferung die bereits eingeführten Sperrstunden ausdehnen müssen, da es bereits jetzt schon nur noch von der Hand in den Mund lebt. Wenn die Kohlenzufuhr auch nur für kurze Zeit stockt, muß der ganze Betrieb zur Stillegung gelangen. — Eine große Mühle hat in den ersten drei Wochen des Monats August nicht mehr Kohle erhalten, als für einen zweitägigen Betrieb reicht. Diese Mühle liefert das Mehl für 1 bis 1½ Millionen im Industriebezirk wohnende Menschen, so daß wenige Tage nach einer Betriebseinstellung, die nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liegt, im ganzen Gebiet des Industriebezirks Unruhen wahrscheinlich sind. — Ein größeres städtisches Elektrizitätswerk wird in nächsten Zeit erhebliche Stromeinschränkungen bei allen Verbrauchern durchführen müssen, da der von ihm mit großer Mühe zusammengetragene kleine Lagerbestand infolge unzureichender Neulieferungen von Tag zu Tag sich verringert und zurzeit nur noch für etwa acht Tage reicht. Mit der teilweisen Stillegung dieses Elektrizitätswerkes würde automatisch die auf den Strombezug angewiesene weiterverarbeitende Industrie zum Erliegen gelangen. — Eines der größten Wasserwerke des Reviers hat seit einiger Zeit nur noch einen Kohlenvorrat für jeweils einige wenige Tage. Mit ihm kann eine Gewähr für die Aufrechterhaltung des Betriebes nicht übernommen werden, da er bei Verkehrsstockungen über bei Unruhen sehr schnell erschöpft sein würde. Abgesehen von den anderen Verbrauchern, führt das Wasserwerk etwa 80 Prozent seiner Wasserförderung dem Bergbau zu und versorgt mit ihr über 200 Schachtanlagen. — Eines der größten Elektrizitätswerke des Industriebezirks hat im August nur etwa 60 Prozent der April-Kohlenmenge erhalten; auf den dem Elektrizitätswerk gehörenden Kraftwerken war zeitweise ein Kohlenbestand von nur 1—2 Tagen vorhanden. Die Licht- und Kraftversorgung ist deshalb auf das äußerste gefährdet, so daß eine Stromeinschränkung, die vorläufig 20 Prozent beträgt, unvermeidlich war.

Im Vorstehenden sind nur einige wenige Fälle angeführt; sie sollen zeigen, daß wir äußerst schweren Zeiten in bezug auf die Kohlenversorgung entgegengehen müssen, wenn jetzt schon die Belieferung der unmittelbar im Ruhrkohlenrevier belegenen lebenswichtigen Betriebe derart viel zu wünschen übrig läßt. Die zu befürchtenden Schwierigkeiten können nur dann vermieden werden, wenn eine baldige erhebliche Steigerung der Förderung eintritt. Rh. D.

— **Großhandelstagung in Frankfurt a. Main.** Der Zentralverband des Deutschen Großhandels läßt Einladungen zu seiner 5. ordentlichen Mitgliederversammlung am 1. und 2. Oktober nach Frankfurt a. M. ergehen. Die Tagung erhält ihr besonderes Gepräge durch eine Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Scholz, in der dieser zu den großen schwebenden Wirtschaftsfragen Stellung nehmen wird. Außerdem werden sprechen der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels Herr Geh. Kommerzienrat Dr. Ravené, Herr Konsul Dr. h. c. Katzenberg und der Reichstagsabgeordnete Herr Otto Keinath. Vor der Mitgliederversammlung findet eine Zentral-Ausschußsitzung statt, an der sprechen werden die Herren: Reichstagsabgeordneter Otto Keinath, M. d. R. M., Konsul Dr. h. c. Katzenberg, M. d. R. M., Frankfurt a. M., Rechtsanwalt Dr. Seroz, Breslau, Herr Baas, M. d. R. M., Essen, Herr Sab, i. Fa. Wb. Wümenfeld, Hamburg, über: „Der Abbau der Zwangswirtschaft auf den Gebieten der industriellen Rohstoffe und Fertigfabrikate"; „Der Ratenaufbau und die Denkschrift des Reichswirtschaftsministers"; „Der Großhandel und der jetzige Stand der Preistreibereigesetzgebung"; „Der Abbau der Zwangswirtschaft auf den Gebieten der Ernährung"; „Die steuerliche Gesetzgebung und die Wünsche des Großhandels".

Berliner Börsenberichte

Berliner Produktenmarktpreise.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	27. Sept.	25. Sept.
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	270—310	270—300
„ kleine	210—250	210—250
Futtererbsen	170—180	170—180
Linsen	450—480	450—500
Peluschken	150—170	150—165
Ackerbohnen	160—180	160—172
Wicken	133—155	130—155
Lupinen	60—95	60—90
Seradella, alte	80—90	80—90
„ neue	115—120	115—120
Vicia villosa	330—350	370—375
Raps	400—405	375—400
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	380—400	380—400
Mohn	460—520	460—500
Dotter	—	—
Senfsaat	180—195	170—180
Hirse, inländische	130—170	130—170
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	78—81	78—81
Torfmelasse	65—67	65—67
Häckselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	25—27	25—27
Kleeheu	34—36	34—36
Stroh, gebündelt	17—18	18—18½
„ gebindelt	14—15	14—15
Mais, loko ab Hamburg	181½—182	182—183
„ per	177	176—177
Kartoffeln, unsortiert	—	—
„ sortiert	28—29	28—29

Reis per 1 kg Brasil-Vollreis Sept. 9,10, Okt. 9,10.
Burmareis 4 tätig 8,80, frei Kaiwaggon Hamburg 9,50.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 27. September. Wenn sich auf der Börse auch heute keine besonders große Unternehmungslust kundgab, kann doch die Tendenz als im allgemeinen fest bezeichnet werden. Lebhafte Umsätze fanden aber nur in den einzelnen Werten statt. Am Montanmarkt spielten wieder eine hervorragende Rolle Phönix-Aktien, die auf rheinische Käufe 14 Prozent gewannen. Gewinne waren Mannesmann und Bubenius, sowie auch Deutsch-Luxemburg zu steigenden Kursen begehrt. Für Farbwerte erhielt sich das Spekulationsinteresse, ohne daß sich jedoch die Kurse noch wesentlich erhöhen konnten. Elektrizitätsaktien zeigten unregelmäßige, wenig bedeutende Veränderungen. Von Spezialwerten stiegen Köln-Rottweiler um etwa 8 Proz., Gebr. Böhler verloren dagegen 25 Proz. Von Kaliaktien hoben sich Aschersleben um 12 Proz., Westeregeln büßten indessen unter weiteren Realisationen 7 Proz. ein. Petroleumaktien begegneten auch heute lebhaftem Interesse der Spekulation und waren wiederum gebessert. Deutsche Petroleum-Aktien bis etwa 1510, Deutsche Romana bis ziemlich 2000. Die Devisenkurse büßten nicht unerheblich ein, was auf den Stand der Valutapapiere nachteilig einwirkte. Deutsche Anleihen blieben gut behauptet, österreichisch-ungarische Werte blieben still. Bankaktien waren kaum verändert.

Produktenbericht. Berlin, 27. September. Am Produktenmarkt herrschte Zurückhaltung vor, was zum Teil seine Ursache in der Abschwächung der Devisenkurse hatte. Hülsenfrüchte neigten eher zur Schwäche, obwohl die Forderungen der Provinz hoch blieben. Letztere waren nicht durchzusetzen. Linsen fanden nur zu ermäßigten Preisen Käufer. In Futterhülsenfrüchten nahm das Angebot zu. Vicia villosa war billig zu haben. Festigkeit bestand für Rauhfutter, namentlich Stroh wurde höher bezahlt. Für Mais mangelte Unternehmungslust.

Valuta-Tabellen

Börse in	Sept. 18.	Sept. 20.	Sept. 21.	Sept. 22.	Sept. 23.	Sept. 24.
Markvaluta						
Kopenhagen	11,00	11,10	11,10	12,25	12,25	10,75
Stockholm	7,50	7,20	8,00	7,35	8,20	8,10
Zürich	9,00	9,00	9,75	9,85	10,30	9,30
Amsterdam	5,00	4,85	5,00½	5,35	5,27½	5,05
Wien	468,50	474,50	488,50	503,50	518,50	—
Prag	119,75	119,75	119,75	121,25	122,25	—
Franz. Frankvaluta						
Kopenhagen	49,25	51,00	51,00	49,25	50,50	50,00
Stockholm	33,35	34,50	34,50	33,75	34,00	34,25
Zürich	41,80	42,60	42,10	42,70	42,20	41,80
Amsterdam	22,22½	22,10	21,85	21,75	21,90	21,77½
Engl. Pfundvaluta						
Kopenhagen	26,66	26,68	26,68	25,55	25,60	25,60
Stockholm	17,85	17,35	17,40	17,33	17,41	17,40
Zürich	21,75	21,88	21,75	21,63	21,68	21,68
Amsterdam	11,37½	11,30	11,25½	11,27½	11,24½	11,24½
Oester. Kronenvaluta						
Berlin	27,22	27,72	26,97	26,22	26,47	26,72
Tschech. Kronenvaluta						
Berlin	83,02½	83,02½	81,90	85,90	85,90	80,65
Wien	25,50	25,50	24,62	24,00	22,75	—

Devisenkurse. Berlin, 27. September.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	27. September Geld	27. September Brief	25. September Geld	25. September Brief
Amsterdam Rotterdam	1893,10	1896,30	1973,—	1977,—
Brüssel-Antwerpen	432,05	432,95	447,05	447,95
Christiania	829,15	830,85	854,10	855,90
Kopenhagen	829,15	830,85	866,60	868,40
Stockholm	1218,75	1221,25	1286,70	1271,30
Helsingfors	184,80	185,20	184,80	185,20
Italien	255,50	256,—	258,70	259,30
London	212,75	213,25	220,25	220,75
New-York	61,05½	61,19½	63,43	63,57
Paris	410,60	411,40	423,55	424,45
Schweiz	979,—	981,—	1021,50	1023,50
Spanien	889,10	890,30	921,55	923,35
Wien (altes)	21,97	22,03	22,97	23,03
Deutsch-Oest. abgest.	26,72	26,78	26,97	27,03
Prag	81,15	81,35	81,27½	87,74½
Budapest	19,98	20,02	20,22	20,28

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch Treuhand-Ges	560,—
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	73,25	Deutsche Erdöl	1020,—
5% Deutsche Reichsanl.	79,50	Deutsche Gasglühl.	480
4 „ „	68,60	Deutsche Kali	420,—
3½ „ „	19,40	Deutsche Waff. u. Mun.	425,—
3 „ „	64,—	Donnersmarkhütte	466,—
4 Preuss. Konsols	67,60	Döring u. Lehrmann	133,75
3½ „ „	56,—	Dürkoppwerke	602,—
3 „ „	52,60	Elberfelder Farben	450,—
4 Charl. Stadtanl. 89/99	91,65	Engelhard Brauerei	349,—
4 Magdeb. Stadtanl. 91/06	91,50	Felten u. Guilleaume	—,—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	151,—	Gasmotoren Deutz	260,—
3½ Sächs. Neulandsch.-Pf.	89,—	Gebhardt u. Co.	168,—
3 „ „	77,—	Gebhardt u. König	247,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	96,10	Gelsenkirch. Bergb.	339,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	97,50	Glauziger Zuckerfbr.	485,—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	93,20	Hallesche Masch.-Fabr.	277
4 „ „	90,50	Hanns Masch.	416,—
Ausländ. Werte		Harpener Berg.	257,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	28,20	Hasper Eisen	240,—
4 Ungar. Gold-Rente	57,—	Hirsch Kupfer	336,—
4 Ungar. Kronen-Rente	26,80	Höchster Farbw.	—,—
Eisenbahn-Aktien:		Hoesch Eisen u. Stahl	560,—
Halberstadt-Blankenb.	78,25	Hohenlohe-Werke	216,—
Halle-Hettstedter	64,25	Humboldt-Masch.	215,—
Schantungbahn	628,50	Ilse-Bergbau	201,—
Allg. Lokal-Str.	150,—	Kahla-Porzellan	506,—
Gr. Berl. Str.	125,25	Kalw. Aschersleben	470,50
Magdeburger Str.-B.	144,—	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	590,—	Kyffhäuserhütte	215,—
Schiffahrts-Akt.:		Lahmeyer u. Co.	219,—
Hambg. Paketfahrt	184,—	Lammer	464,50
Hambg.-Südamerika	241,—	Laurahütte	375,50
Hansa-Dampfschiff	291,—	Lingel. Erfurt	269,—
Nordd. Lloyd	181,—	Linke u. Hofmann	449,75
Banken:		Ludwig Loewe u. Co.	385,—
Bank für Thür.	160,—	Lothringer Hütte	371,—
Berl. Handelsges.	224,—	Mannesmannröhren	528,—
Comm u. Diskontobank	175,—	Maschinenfabr. Buckau	339,75
Darmstädter Bank	152,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	284,75
Deus. Landesbank	—,—	do. Caro Heg.	274,50
Deutsche Bank	318,—	do. Kokswerke	473,—
Diskonto-Comm.	218,25	Orenstein u. Koppel	324,—
Dresdner Bank	190,—	Phönix-Bergb.	353,75
Credit-Anst. Leipzig	149,—	Rhein. Metall-Vorz.	312,25
Mitteld. Kreditbank	150,—	Rhein. Stahlwerke	487,—
Privat-Bank	139,50	Riebeck. Montan	360,—
Nationalbank	158,—	Rombacher Hütten	392,—
Oesterr. Kredit	90,25	Rositzer Brauk.	370,25
Reichsbank	147,50	Rositzer Zucker	290,—
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	560,—
Schultheiss-Brauerei	278,—	Hugo Schneider u. Co.	289,75
Akt. f. Anilin	442,—	Schuckert u. Co.	216,50
Allgem. Elektr.-Ges.	290,50	Siemens u. Halske	338,—
Amendorfer Papierf.	730,50	Stettiner Chamotte	340,—
Anhalter Kohlenw.	290,—	Stettiner Vulkan	285,—
Annaburger Steingut	451,—	Stollberger Zinkh.	346,—
Badische Anilin	239,50	Strals. Spielkarten	425,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	240,25	Terra, Samen A.-G.	—,—
Berl. Masch.-Bau	299,—	Thale-Eisenhütte	675,—
Bismarckhütte	290,—	Triptis-Akt.-Ges.	274,—
Bochumer Gußstahl	675,—	Türkisches Tabakregie	—,—
Chem. Fabrik Buckau	400,—	Ver. Köln-Rottweiler	370,—
Chem. Grieshein	360,—	Glanzstoff Elberf.	525,—
Chem. v. Heyden	428,—	Wegelin u. Hübner	330,—
Consolidation Schalke	780,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Cröllwitzer Papierfabr.	294,—	Westeregeln-Alkali	900,—
Daimler-Motoren	220,50	Wittener Gußstahl	—,—
Deutsch-Luxemburg	327,—	Wrede-Mälzerei	168,75
		Zeitzer Masch.	329,—
		Zellstoff Waldhof	444,—
		Otavi-Minen	807,50

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten i. V.: Ernst Wesserschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Hetling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil i. V.: Hans Hetling. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Druck u. Verlagsgesellschaft, Werke der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gw:3:1-171133730-16872166X192009281-11/fragment/page=0004